

Situation und Potentiale Sozialer Unternehmen in Berlin

Günther Lorenz, Technologie-Netzwerk Berlin

Seit nunmehr 5 Jahren gibt es 300 –400.000 registrierte, das sind real ca. 500.000 Arbeitslose, in Berlin.

Der Berliner Senat reagierte hierauf mit verschiedenen Maßnahmen; die meisten sind leider noch an konventioneller Wirtschaftspolitik orientiert (Anziehen von externen Investoren durch one-stop-shops etc.) oder man betreibt eine Arbeitsmarktpolitik, hinter der (zu Recht) nicht einmal die ganze Koalition steht.

Eine lobenswerte Ausnahme hiervon bildet das Konzept „Pro Kooperation und Pro Genossenschaft“, das als Ausdruck der Auffassung verstanden werden kann, das in den beschäftigungs- bzw. stadtteilorientierten Genossenschaften *ein* Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen gesehen wird.

Angesichts solch hoher und stagnierender Arbeitslosenzahlen in der Stadt sind wirtschaftspolitische Alternativen dringend erforderlich, weil offensichtlich nicht nur der öffentliche Sektor, sondern auch der private Sektor selbst im Aufschwung Arbeitsplätze abbaut. Zu den wirtschaftspolitischen Alternativen gehört sicherlich die Soziale Ökonomie, weil z.B. Stadtteilgenossenschaften, Integrationsfirmen, sozio-kulturelle Nachbarschaftseinrichtungen und andere soziale Unternehmen – vorwiegend in selbstbestimmten, kooperativen Zusammenhängen – Arbeitsplätze und neue Angebote bereitstellen.

Wir wissen noch nicht, wie viele solcher Unternehmen es im Mekka der alternativen und sozialen Kulturstadt Berlin gibt. Wir wissen nicht einmal, wie viele es im Bezirk Pankow gibt. Wir wissen jedoch aus europäischen Vergleichsstudien und unserer Beratungstätigkeit, dass viele ungenutzte Potentiale in diesen Unternehmen schlummern, die geweckt werden können und sollten. In einer Studie für das Bundesministerium für Bildung und Forschung wurde festgestellt, dass derzeit in der Bundesrepublik ca. 2 Mill. Arbeitsplätze (in Vollzeitäquivalenten: 1,5 Mill. Arbeitsplätze) von sozialen Unternehmen bereitgestellt werden.

Zur Realisierung dieser Potentiale müssen allerdings aufgrund ihrer sozialen Zielsetzung und einer daraus resultierenden anderen Wirtschaftsweise:

- zusätzlich zu den obligatorischen andere wichtige betriebswirtschaftliche Instrumente angewendet bzw. eine spezielle Betriebswirtschaftslehre für soziale Unternehmen entwickelt werden (s. AG 2);
- entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen, die keine Hemmnisse auf-, sondern abbauen (s. AG 3), identifiziert und vorgeschlagen werden. Hierzu gehören natürlich auch Räumlichkeiten bzw. Immobilien, über die diese Unternehmen langfristig verfügen können müssen (s. AG 4);
- darüber hinaus Vernetzungs- und Unterstützungsstrukturen für soziale Unternehmen aufgebaut werden - ähnlich wie das in Finnland, Flandern und Großbritannien schon passiert, wo es bereits entsprechende Ministerialämter und Unterstützungsstrukturen gibt (s. AG 1).

Wir hier müssen selbst dafür sorgen, dass diese begünstigenden Bedingungen eintreten:

Da der Senat über die Soziale Ökonomie noch relativ wenig weiß, muss er uns (im doppelten Sinn des Wortes) ‚kennen lernen‘ und unsere Kompetenzen nutzen können. Hierfür ist Vorarbeit unsererseits erforderlich.

Der Senat kann jetzt, wo er dem REVES-Netzwerk (das Netzwerk der Städte und Regionen für die Soziale Ökonomie) beigetreten ist, ernst machen: Berlin sollte eine Modellregion für die Soziale Ökonomie werden und dabei soziale Unternehmen wirkungsvoll unterstützen. Wir müssen dem Senat darlegen können, was er damit (ohne Mitnahmeeffekte) gewinnen kann: mehr Arbeitsplätze, mehr Angebote, mehr Binnennachfrage, mehr Steuereinnahmen, damit mehr Stellen und nachfrageträchtiges Einkommen bzw. effektive Gesamtnachfrage usw. usf.

Klar ist, dass die Soziale Ökonomie die derzeitigen sozialen und ökonomischen Probleme nicht allein, sondern nur in Partnerschaft mit dem öffentlichen und privaten Sektor lösen kann. Klar ist aber auch, dass die Akteure der Sozialwirtschaft sich besser miteinander vernetzen und ihre Unterstützungsstrukturen ausbauen müssen.

Wenn wir dies alles bewirken wollen, sollten wir eine strategische Allianz für die sozialen Unternehmen– eine Koalition der Sozialen Ökonomie – bilden, die auch offen für andere Akteure dieses Sektors ist. Dahin zu kommen, dazu soll uns dieser Info-Tag (und das Folgetreffen) verhelfen.